Deutscher Bundestag **Drucksache 16/7315**

16. Wahlperiode 27. 11. 2007

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Paul Schäfer (Köln), Inge Höger, Monika Knoche, Hüseyin-Kenan Aydin, Dr. Diether Dehm, Wolfgang Gehrcke, Heike Hänsel, Dr. Hakki Keskin, Katrin Kunert, Michael Leutert, Dr. Gesine Lötzsch, Dr. Norman Paech, Alexander Ulrich, Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und der Fraktion DIE LINKE.

**zu der dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung
– Drucksachen 16/6000, 16/6002, 16/6413, 16/6423 –**

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2008 (Haushaltsgesetz 2008)

**hier: Einzelplan 14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Der für das Haushaltsjahr 2008 vorgestellte Einzelplan 14 ist mit 29,3 Mrd. Euro (einschließlich der Versorgungsausgaben) der drittgrößte Einzelplan im Bundeshauhalt. Nach NATO-Kriterien und unter Miteinbeziehung weiterer Haushaltstitel aus anderen Einzelplänen werden sogar 31,7 Mrd. Euro für Verteidigungsaufgaben ausgegeben. Insgesamt handelt es sich somit um über zehn Prozent des Bundeshaushaltes 2008, die die Steuerzahler ausschließlich für die Bundeswehr und deren Transformation in eine „Armee im Einsatz“ zahlen müssen. Dieser Etat ist damit eindeutig überdimensioniert und der sicherheitspolitischen Lage nach dem Wegfall der Blockkonfrontation unangemessen. Statt weiter aufzurüsten, besteht erheblicher Spielraum für weitreichende Abrüstungsschritte, wie z. B. die Reduzierung des Personalumfangs der Bundeswehr durch die Abschaffung der Wehrpflicht, die auch mit mehr als 600 Mio. Euro ein erheblicher Kostenfaktor ist. Die möglichen Einsparpotenziale sollten genutzt werden, um die Ausgaben für die zivile Entwicklungszusammenarbeit und die Rüstungskonversion erhöhen zu können.

2. Der Bundeswehrplan 2008 fordert trotz geringem Spielraum im Gesamthaushalt und massiven sozialpolitischen Defiziten eine mittelfristige (bis 2012) Investitionssteigerung in den Bereichen Rüstungsbeschaffungen, militärische Anlagen sowie Forschung, Entwicklung und Beschaffung von derzeit 6 Mrd. Euro auf nahezu 8 Mrd. Euro, was einer Steigerung der Investitionsquote innerhalb des Einzelplans 14 von derzeit 25 auf 30 Prozent bedeuteten würde. Beschafft werden sollen vor allem Waffensysteme und andere Rüstungsgüter, die der Verbesserung der Interventionsfähigkeit der Bundeswehr

dienen. Aber das was Europa heute braucht sind neue Abrüstungsinitiativen – und nicht qualitative Aufrüstung.

3. Die Bundesregierung hält nach wie vor daran fest, die Bundeswehr für ein Einsatzspektrum auszurüsten, das von der Katastrophenhilfe bis zu massiven Kampfeinsätzen reicht. Dabei liegt das Schwergewicht eindeutig auf der Befähigung der Bundeswehr zu Groß-Einsätzen rund um den Globus. Notwendig wäre stattdessen eine Konzentration der deutschen Streitkräfte auf den grundgesetzlich vorgegebenen Verteidigungsauftrag. An einer militärisch gestützten „Weltordnungspolitik“, die zudem durch das Völkerrecht nicht gedeckte Militäroperationen einschließen würde, darf sich Deutschland nicht beteiligen. Dies wäre auch im Einklang mit der überwiegenden Meinung der Bürger und Bürgerinnen des Landes, die den Auslandseinsätzen der Bundeswehr skeptisch bis ablehnend gegenübersteht. Allein die laufenden Auslandseinsätze werden den Steuerzahler laut Haushaltsentwurf im Jahre 2008 über 600 Mio. Euro kosten. Die tatsächliche Summe dürfte, wie die Erfahrung der Jahre 2006 und 2007 zeigen, nahezu 1 Mrd. Euro betragen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. auf die im Haushaltsplan 2008 vorgesehene Aufstockung des Verteidigungshaushalts um 911 Mio. Euro zu verzichten und stattdessen den Verteidigungshaushalt um 10 Prozent zu kürzen. Hierbei sind insbesondere die Beendigungen der Auslandseinsätze der Bundeswehr, die Beendigungen der deutschen Beteiligungen an der NATO-Response-Force, an den EU-Battle-Groups und an der Europäischen Verteidigungsagentur sowie die Abschaffung der Wehrpflicht sicherheits- und haushaltspolitisch von hoher Relevanz. Die so möglichen Einsparungen von etwa 3,9 Mrd. Euro sind in Konversions-, Entwicklungs-, sozial- und bildungspolitische Projekte zu investieren;
2. die in Kapitel 14 16 aufgeführten Beschaffungsmaßnahmen, die der militärischen Machtprojektion und Kriegführungsfähigkeit dienen, zu streichen,

   a) insbesondere im Bereich der Luftwaffe

      - auf die Beschaffung der zweiten Tranche des EF 2000 gänzlich zu verzichten und damit die angesetzten Beschaffungskosten für 2008 in Höhe von 1,015 Mrd. Euro plus 130 Mio. Euro Entwicklungskosten (Vertragsstrafen hierbei unberücksichtigt) einzusparen sowie aus dem EF-2000-Projekt (einschließlich der Bewaffnungsmodule) in Gänze auszusteigen, um auf diese Weise bis zu 10 Mrd. Euro einzusparen;
      - auf die Beschaffung des Militärtransporters A 400 M gänzlich zu verzichten und damit die anfallenden Kosten für das Haushaltsjahr 2008 in Höhe von 170 Mio. Euro (Beschaffung) sowie die anzunehmenden Gesamtkosten von nahezu 8,8 Mrd. Euro einzusparen;

   b) insbesondere im Bereich der Marine auf die Beschaffung der Fregatte Kl.125 gänzlich zu verzichten und aus dem Projekt sofort auszusteigen. Die damit verbundenen Einsparungen für das Haushaltsjahr 2008 betrügen 70 Mio. Euro und langfristig nahezu 2,7 Mrd. Euro;

   c) insbesondere im Bereich des Heeres auf die Beschaffung und Entwicklung des 2. Loses (Stückzahl 405) des Schützenpanzers Puma zu verzichten und damit die Kosten in Höhe von 125 Mio. Euro für das Haushaltsjahr 2008 sowie die anzunehmenden Gesamtkosten von über 3,4 Mrd. Euro einzusparen;

   d) den Übungsbetrieb im Gefechtsübungszentrum Altmark (GÜZ) sofort einzustellen, den Ausbau im Süden zu stoppen und die militärische Nutzung des Geländes zu beenden, um auf diese Weise die Kosten für den südlichen Ausbau in Höhe von 10 Mio. Euro für das Haushaltsjahr 2008

sowie 9 Mio. Euro in den Folgejahren einzusparen, sowie jegliche Ausgaben für die militärische Nutzung der Kyritzer Heide einzustellen;

e) auf die deutsche Beteiligung an der Entwicklung und der Erprobung respektive auf die spätere Beschaffung des Waffensystems MEADS gänzlich zu verzichten und aus dem Projekt sofort auszusteigen. Dadurch würden 185 Mio. Euro an Entwicklungs- und Erprobungskosten sowie weitere 4,4 Mio. Euro für die Verwaltungskosten der Agentur NAMEADSMA im Haushaltsjahr 2008 eingespart. Eine Einstellung dieses Vorhabens wird langfristig zur Einsparung von Steuergeldern in Höhe von mindestens 4,1 Mrd. Euro führen;

3. die Investitionen in den Bereichen Forschung, Entwicklung und Erprobung von Waffensystemen stark einzuschränken;

4. eine Ost-West-Tarifangleichung für die Angehörigen der Bundeswehr (Berufssoldatinnen und Berufssoldaten, Soldatinnen und Soldaten auf Zeit sowie zivile Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter) noch für das Haushaltsjahr 2008 vorzunehmen und diese nicht weiter aufzuschieben;

5. die in den letzen Jahren erfolgten sozialpolitischen Kürzungen für die Soldatinnen und Soldaten sowie die zivilen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Weihnachts- und Urlaubsgeld etc.) rückgängig zu machen.

Berlin, den 27. November 2007

Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333